

Glaubt das Volk dem Bundesrat noch?

von J. Büchi - Einwandererzahlen, Wohnfläche, BIP – wiederholt wird der Bundesrat bezichtigt, im Zusammenhang mit der Zuwanderung mit falschen Zahlen zu operieren. Rächt sich das an der Urne?



Die Landesregierung betreibe keine Abstimmungspropaganda – «Das muss man dem Bundesrat einfach abnehmen!», beteuerte Bundesrat Schneider-Ammann. (Bild: Screenshot: SRF)

Der Bundesrat betreibe mit seinem Sozialhilfe-Entscheid Abstimmungspropaganda – diesen Vorwurf wies Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann am Mittwochabend in der SRF-Sendung «10vor10» weit von sich. Dass der Bundesrat ausgerechnet jetzt die Schrauben für Arbeitslose aus der EU anziehe, habe keinen direkten Zusammenhang mit der Masseneinwanderungsinitiative der SVP: «Das muss man dem Bundesrat einfach abnehmen!»

Dass das Lächeln des Magistraten bei dieser Aussage etwas gequält wirkte, kommt wohl nicht von ungefähr: Tatsächlich wurde die Landesregierung im Laufe des Zuwanderungs-Abstimmungskampfs wiederholt der Irreführung bezichtigt. So musste sie für eine Fehleinschätzung den Kopf hinhalten, die der damalige Bundesrat während des Abstimmungskampfs zum ersten bilateralen Paket im Jahr 2000 gemacht hatte. Damals hiess es im Abstimmungsbüchlein, mit der Personenfreizügigkeit sei in der Schweiz jährlich eine Nettozuwanderung von rund 10'000 Personen zu erwarten. In Realität wandern heute jedes Jahr rund 80'000 Personen mehr ein als aus.

Zahlenschlacht um Wohnraum und BIP

Auch in der Debatte um die Wohnungsknappheit in Teilen der Schweiz geriet die Position der Regierung in ein schiefes Licht. Denn statt der Zuwanderung hatte FDP-Bundesrat Schneider-Ammann die gestiegenen Raumansprüche für Wohnungsnot und hohe Mieten verantwortlich gemacht: «Belegte eine Person 1980 noch 34 Quadratmeter Wohnfläche, sind es heute rund 50», wurde er in den Medien zitiert. Wie der «Tages-Anzeiger» publik machte, basierte die zweite Angabe jedoch auf einer Schätzung. Laut Bundesamt für Statistik betrug der Wohnflächenverbrauch pro Kopf im Jahr 2012 45 Quadratmeter – und damit nur unwesentlich mehr als vor der Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2002. In Städten wie Zürich oder Luzern nahm die Fläche pro Person sogar ab.

Zur Zahlenschlacht kam es auch im Zusammenhang mit dem – vom Bundesrat gebetsmühleartig wiederholten – Argument, dank den Zuwanderern wachse die Schweizer Wirtschaft stark. Dies sei irreführend, da das Bruttoinlandprodukt (BIP) nur insgesamt, aber nicht pro Kopf wachse, monierten SVP-Vertreter. Der einzelne Bürger habe damit am Ende des Monats nicht mehr im Portemonnaie. Wirtschaftsprofessor Reiner Eichenberger sowie einzelne Parlamentarierinnen aus dem linken Lager stützten diese Darstellung – andere Politiker, die Wirtschaft und Arbeitsmarktökonom George Sheldon hielten dagegen.

Für die «Weltwoche» ist klar: Der Bundesrat führt das Volk an der Nase herum. Anfang Jahr widmete das Magazin den «zahlreichen Täuschungsmanövern» der Landesregierung unter dem Titel «Die Lügen des Bundesrats» einen ganzen Artikel. Ob der Stimmbürger dem Bundesrat jetzt noch vertraue, werde sich an der Urne weisen, schrieb das Blatt.

«Vertrauen nicht so schnell erschüttert»

Politologe Louis Perron glaubt jedoch nicht, dass sich die teilweise fragwürdigen Zahleninterpretationen der Regierung an der Urne rächen werden: «Die Meinungen zum Thema Zuwanderung sind in der Bevölkerung schon grösstenteils gemacht.» Nur eine Gruppe könnte ihre Meinung wegen der bundesrätlichen Patzer noch ändern, so Perron: Jene Leute, die grundsätzlich europaskeptisch eingestellt seien,

bislang den bilateralen Weg aus wirtschaftlichen Gründen aber dennoch unterstützt hätten.

Das Vertrauen der Bevölkerung in den Bundesrat sei grundsätzlich gross und könne nicht so schnell erschüttert werden. Dies beweisen auch Umfragen regelmässig: Das Forschungsinstitut gfs.bern kommt für das Jahr 2013 auf 65 Prozent der Schweizer Bürger, die dem Bundesrat vertrauen, die OECD gar auf 75 Prozent. Von solchen Werten können andere europäische Regierungen nur träumen.

Laut Perron war der bundesrätliche Entscheid zur Sozialhilfe für EU-Bürger nun zudem ein kluger Schachzug, um das Vertrauen der Bevölkerung weiter zu festigen. «Auch wenn Bundesrat Schneider-Ammanns Auftritt im Schweizer Fernsehen sicher keine rhetorische Meisterleistung war – er zeigte doch, dass man die Ängste der Stimmbürger ernst nimmt.»

20 Minuten sprach mit Bundesrat Johann Schneider-Ammann über die Vorwürfe. Lesen Sie demnächst das ausführliche Interview.